

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck**  
**am 24.01.2019**

Tagungsort: Aula der Realschule Jöllenbeck  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Heinrich

CDU

Herr Erwin Jung  
Herr Hans-Jürgen Kleimann  
Herr Peter Kraiczek                      Vorsitzender  
Frau Heidemarie Lämmchen  
Herr Rico Sarnoch

SPD

Herr Michael Bartels  
Herr Jan Baucke  
Frau Dorothea Brinkmann              Vorsitzende, Ratsmitglied  
Herr Thorsten Gaesing  
Herr Burkhard Kläs

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Werner Ziemann                      Vorsitzender

BfB

Frau Ingrid Grahl

FDP

Herr Gregor vom Braucke

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung:

Herr Patrick Kühn	Amt für Verkehr (660.21)	TOP 6 und 7
Herr Andreas Kunert	Amt für Schule (400.22)	TOP 8
Frau Andrea Strobel	Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführerin	
Herr Andreas Hansen	Bezirksamt Jöllenbeck	

## Öffentliche Sitzung:

Herr Bezirksbürgermeister Heinrich eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung hierzu, sowie die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung fest.

Herr Kühn (660.21) ist zunächst in der Bezirksvertretung Mitte. Die TOPe 6 und 7 werden beraten, sobald Herr Kühn in Jöllenneck eingetroffen ist.

- einstimmig beschlossen -

### **Zu Punkt 1      Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Jöllenneck**

1.1 Herr Resas, Schwagerstraße 12, fragt: Wie kann es zur Genehmigung eines Neubaus mit 8 Wohneinheiten und nur 8 Parkplätzen an der Eickumer Straße 9 kommen? Das Haus sei ehemals mit 6 Wohneinheiten und 6 Parkplätzen geplant gewesen. Niemand sei von diesem Bauvorhaben informiert worden. Das Gebäude sei nun eine Etage höher. Es sei kein Wert auf Sichtachsen gelegt worden. Das Ortsbild sei sehr stark verändert. Es sind zu wenig Parkplätze (8 für 8 Wohneinheiten) vorhanden. Weitere Fahrzeuge würden in der Schwagerstraße parken.

Das Amt für Verkehr macht dazu folgende Mitteilung:

Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Sitzung am 22.11.18 verwiesen.

In dem betreffenden Bereich existiert kein Bebauungsplan. Die Genehmigung des Bauvorhabens Eickumer Straße 9 erfolgte planungsrechtlich auf der Grundlage des Vorliegens eines unbepflanzten Innenbereichs i.S. d. § 34 des Baugesetzbuches. Hiernach ist ein Vorhaben zu genehmigen, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der Umgebung einfügt. Diese Anforderungen waren in dem betreffenden Fall erfüllt.

Anforderungen an eine Nachbarbeteiligung gemäß § 74 Bauordnung NW ergaben sich hierbei nicht.

Die bauordnungsrechtlich erforderlichen Stellplätze wurden nachgewiesen.

Darüber hinausgehende Anforderungen u.a. bezüglich des Maßes der Bebauung, der genauen Stellung des Baukörpers oder der Gestaltung des Bauvorhabens konnten im Rahmen des § 34 BauGB nicht gestellt werden.

\* BV Jöllenneck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 1.1 \*

1.2 In der Anwohnerfragestunde vom 22.11.2018 fragte Herr Eckelmann, Langhansweg 6 a, warum der Schlüterweg nicht ausgebaut wird.

Hier kann auf die Antwort der Fachverwaltung einer ähnlichen Anfrage der CDU-Fraktion zur Sitzung am 21.6.2018 herangezogen werden. Diese lautet wie folgt:

In dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. II/J4 „Jöllennecker Heide“ vom 28.11.1968 ist der Schlüterweg als öffentliche Verkehrsfläche in einer Länge von ca. 140 m, einer Straßenbreite von 6,0 m und einem beidseitigen Gehweg jeweils in einer Breite von 1,50 m ausgewiesen. Die für den Ausbau der Straßen notwendige Festlegung des Ausbaustandards wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenneck vom 09.03.2006 beschlossen. Der Schlüterweg ab der Schinkelstraße sollte auf einer Länge von ca. 55 m in einer Breite von 6,0 m ausgebaut werden.

Der Ausbau auf diesem Teilstück ist durch den Investor nicht in der vorgesehenen Breite erfolgt. Der Investor ist für die Stadt Bielefeld nicht mehr greifbar. Die Fläche wurde von der Stadt übernommen, um die Verkehrssicherung zu gewährleisten. Ein Endausbau ist derzeit nicht in der mittelfristigen Finanzplanung abgebildet.

Im weiteren Verlauf der Reihenhäuser ist ein Gehweg in einer Breite von 3,0 m angelegt worden. Der Gehweg ist nicht öffentlich gewidmet. Anschließend ist der Schlüterweg in Richtung der Knobelsdorffstraße auf einer Länge von ca. 35 m in einer Breite von 5,50 m mit beidseitigem Gehweg ausgebaut und gewidmet (öffentlich).

In dem Fall, dass der Ausbau der Straße durch die Bezirksvertretung Jöllenneck gewünscht ist, ist diese in die Maßnahmenprioritätsliste aufzunehmen.

Herr Eckelmann wird über diese Mitteilung schriftlich informiert.

**Wortmeldung:**

Herr Kleimann (CDU) verweist auf die Diskussion um das Bauvorhaben Eickumer Straße 9. Es ist gegenüber dem Tie, dem Adlerdenkmal und den benachbarten bebauten Grundstücken. Nach § 34 ist es üblich, dass mit den Nachbarn gesprochen wird. Das ist nicht geschehen.

Herr Bezirksbürgermeister Heinrich ergänzt, dass solche Vorhaben vorgestellt werden sollen.

Frau Kleimann bekräftigt das ausdrücklich.

Herr Sarnoch (CDU) sagt, es war zunächst ein 2-Familienhaus vor 2 Jahren vorgestellt. Dann wird ein 8-Familien-Haus dort gebaut. Es ist ein Skandal, dass das Bauvorhaben vorher nicht in der Bezirksvertretung vorgestellt wurde.

\* BV Jöllenneck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 1.2 \*

- 1.3 Zu den Fragen von Herrn Grabowski, Herrn Eckelmann und Frau Dehlau am 11.10.2018 zum stark erhöhten Verkehrsaufkommen in der Knobelsdorffstraße und dem Langhansweg teilt das Amt für Verkehr folgendes mit und bezieht sich dabei auf ähnlich lautende Anfragen der Fraktionen CDU und SPD vom 11.10.2018 (Drucksachen-Nr.: 7418/2014-2020 und 7398/2014-2020)

Ein höheres Verkehrsaufkommen in der Knobelsdorffstraße ist aufgrund der Baustelle Jöllennecker Straße sicherlich vorhanden. Allerdings ist die Einmündung Jöllennecker Straße / Knobelsdorffstraße stationär mit dem Verbot der Durchfahrt / Anlieger frei beschildert.

Die Straße wird verbotswidrig als „Schleichweg“ genutzt. Wir werden den Bezirksdienst bitten hier Kontrollen durchzuführen, um das verbotene Verkehrsaufkommen einzuschränken.

Diese Antwort wurde bereits am 11.10.2018 mitgeteilt.

Ergänzend teilt das Amt für Verkehr mit, dass die Bauarbeiten im Kreuzungsbereich abgeschlossen sind. Es erfolgt noch der Einbau der Asphaltdeckschicht unter Einbahnregelung in den Osterferien 2019.

Auch hierüber werden Herr Grabowski, Herr Eckelmann und Frau Dehlau schriftlich informiert.

\* BV Jöllenberg – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 1.3 \*

In der heutigen Sitzung wurden keine Fragen gestellt.

-.-.-

## Zu Punkt 2

### **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenberg am 22.11.2018**

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenberg vom 22.11.2018 (Ifd. Nr. 40) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

– einstimmig beschlossen -

\* BV Jöllenberg – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 2 \*

-.-.-

## Zu Punkt 3

### **Mitteilungen**

#### **Frau Strobel macht folgende Mitteilungen:**

3.1 Aufgrund von Kanalbauarbeiten wird die Neulandstraße zwischen der Haus-Nr. 78 und dem Homannsweg in der Zeit vom 16.01.2019 bis voraussichtlich 27.02.2019 voll gesperrt. Fußgänger und Radfahrer können jederzeit die Baustelle passieren.

\* BV Jöllenberg – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 3.1 \*

3.2 Aufgrund von Straßenbauarbeiten wird die Straße Im Hagen vom 15.01.2019 bis voraussichtlich 25.01.2019 zwischen der Neptunstraße und der Venusstraße in Höhe der Haus-Nr. 40 voll gesperrt. Fuß-

gänger und Radfahrer können jederzeit die Arbeitsstelle passieren.

\* BV Jölllenbeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 3.2 \*

3.3 Eingangs der Sitzung wurden den Bezirksvertretungsmitgliedern folgende Unterlagen ausgehändigt:

- die Klassenbesetzungsübersicht 2018/2019 für die Jölllenbecker Schulen
- Sondermittelanträge des Heimatvereins, des Heimathausvereins, des CVJM und der Ev. Kita Hand in Hand und des Fördervereins der Grundschule Vilsendorf

\* BV Jölllenbeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 3.3 \*

---

#### **Zu Punkt 4      Anfragen**

#### **Zu Punkt 4.1      Drosselung der Raumtemperatur nach Schulschluss in der Realschule Jölllenbeck (Anfrage des Vertreters der FDP v. 05.12.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7896/2014-2020

Der Vertreter der Partei FDP stellt folgende Anfrage:

Beim Rundgang durch die Realschule Jölllenbeck am 04.12.2018 ist aufgefallen, dass die Räume nach Schulschluss nicht mehr beheizt werden. Energieberater empfehlen jedoch, die Raumtemperatur nicht unter 12 ° Grad Celsius fallen zu lassen.

Daher folgende Frage an den ISB:

Ist es nicht aus energetischer und kostentechnischer Perspektive sinnvoller die Heizung der Realschule auf 15 ° Grad Celsius außerhalb der Unterrichtszeit zu drosseln, statt die Heizung komplett herunterzufahren?

Zusatzfrage:

Wirkt sich eine ausgeschaltete Heizung nicht auch negativ auf die Gebäudesubstanz aus?

Hierzu teilt der Immobilienservicebetrieb folgendes mit:

In der Nacht wird die Heizung der Realschule Jölllenbeck nicht komplett ausgeschaltet, sondern ab 18 Uhr wird lediglich eine Nachtabsenkung vorgenommen. Sofern keine Veranstaltungen vorgesehen sind, drosselt sie die Temperatur auf 18° C. Diese relativ hohe Temperatur wird angestrebt, weil die Schule leicht auskühlt. Schäden an der Gebäudesubstanz sind somit nicht zu erwarten.

Die Vorlauftemperatur der Heizkreise wird in Abhängigkeit von den Außentemperaturen, die mit Außentemperaturfühlern gemessen werden, berechnet und geregelt. Die Heizkreise werden in einer Zonenregelung witterungsgeführt. In den Zonen sind mehrere Räume zusammengefasst, teilweise auch geschossübergreifend.

Aufgrund der beschriebenen Regelung kann es sein, dass in der ersten Zeit des Nachtbetriebes die Heizkörper bis zum Erreichen der Mindesttemperatur auskühlen. Nach Unterschreiten der Mindesttemperatur werden sie wieder erwärmt. Dieser Vorgang dauert allerdings einige Zeit und kann unter Umständen den Eindruck eines „Auskühlens“ erwecken.

Die Regelsysteme sind seit vielen Jahren vorhanden und haben sich bewährt. Probleme sind diesbezüglich bisher nicht aufgetreten.

#### **Wortmeldungen:**

Herr vom Braucke (FDP) kann die Mitteilung nicht nachvollziehen. Bei der Begehung der Realschule hatten alle Jacken an. Die Heizkörper waren kalt, es waren eindeutig keine 18 Grad. Er bittet, die Antwort an die Leitung der Realschule weiter zu leiten um zu erfragen, ob die Einschätzung des Immobilienservicebetriebes geteilt wird.

Frau Brinkmann (SPD) bemängelt, dass auch die Sitzungen der Bezirksvertretung Veranstaltungen sind. Die Aula ist jedoch wieder nicht geheizt. Sie habe das schon öfter angemerkt, geändert habe sich jedoch nichts.

\* BV Jöllenberg – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 4.1 –  
Drucksachenummer: 7896/2014-2020 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 4.2**

### **Planungsstand des Schulentwicklungsplans für die Schulen im Stadtbezirk Jöllenberg (Anfrage der CDU-Fraktion v. 24.11.2018)**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7897/2014-2020

Die CDU-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Wie ist der aktuelle Planungsstand hinsichtlich des Schulentwicklungsplans für die Schulen im Stadtbezirk Jöllenberg?

Hierzu teilt das Amt für Schule folgendes mit:

Der Schul- und Sportausschuss hat in seiner Sitzung am 22.1.2019 beschlossen, dass die Erarbeitung einer ganzheitlichen Schulentwicklungsplanung (SEP) in Abänderung des Beschlusses vom 23.01.2018 der Verwaltung übertragen wird.

Für die Erarbeitung der SEP ist ein Zeitraum bis Ende 2020 vorgesehen, über den ganzheitlichen Schulentwicklungsplan wird dann abschließend der Schul- und Sportausschuss entscheiden. Im Rahmen der Umsetzung

wird es Zwischenergebnisse geben, über die die Bezirksvertretungen informiert werden.

**Wortmeldungen:**

Herr Kraiczek (CDU) fragt, ob die Bezirksvertretung nur informiert wird oder ob auch deren Mitarbeit gewünscht ist. Er sieht es kritisch, wenn Vorschläge der Bezirksvertretung nicht berücksichtigt werden. Eine Information allein reicht nicht aus. Die Mitarbeit wird von den Bezirksvertretungsmitgliedern ausdrücklich gewünscht.

Herr Sarnoch (CDU) schließt sich an. Die Bezirksvertretung kennt die Bereiche vor Ort und kann sicherlich wichtige Beiträge leisten.

Herr Kraiczek schlägt vor, einen entsprechenden Antrag zu stellen, bei der Aufstellung des Schulentwicklungsplanes ein Mitspracherecht zu haben.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

**Beschluss:**

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Schulentwicklungsplanes soll die Bezirksvertretung Jöllenneck einbezogen werden.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Jöllenneck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 4.2 –  
Drucksachennummer: 7897/2014-2020 \*

---

**Zu Punkt 4.3**

**Stromausfall an der Loheide/Obersee (Anfrage des Vertreters der FDP v. 03.01.2019)**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 7905/2014-2020

Der Vertreter der Partei FDP stellt folgende Anfrage:

Warum konnte der Stromausfall an der Loheide ab dem 6. Dezember tagelang nicht behoben werden?

Sollte ein Netzanbieter in einem Industrieland generell nicht über die Kapazitäten von Kabelmesstechniken verfügen, um so einen Ausfall innerhalb von 3 Tagen zu beheben?

Die Antwort der Stadtwerke steht noch aus.

\* BV Jöllenneck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 4.3 –  
Drucksachennummer: 7905/2014-2020 \*

---

#### Zu Punkt 4.4

#### **Stand des Antrages zur Trassensicherung der Linie 3 im FNP (Anfrage der SPD-Fraktion v. 14.01.2019)**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7919/2014-2020

Die SPD-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Wie ist der Stand unseres Antrages der Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck vom 21.01.2016 zur Trassensicherung der Linie 3 im FNP?

Hierzu teilt das Bauamt folgendes mit:

Mit Datum vom 09.01.2016 und 16.02.2018 haben die SPD-Fraktion, die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen sowie die Partei Die Linke der Bezirksvertretung Jöllenbeck einen gemeinsamen Antrag vorgelegt und darin gefordert, die Sicherung der Trasse der Linie 3 der Verlängerung der Stadtbahn nach Jöllenbeck im Flächennutzungsplan festzuschreiben.

Die Verwaltung und der Betreiber des Stadtbahnnetzes – die moBiel GmbH – haben unter der Bezeichnung "Stadtbahn Bielefeld 2030" (Stand: Dezember 2011) eine Potenzialanalyse beauftragt, um mögliche Erweiterungstrecken und Korridore für eine zukünftige Stadtbahnplanung aufzuzeigen. Die Fachplanung wurde durch den Stadtentwicklungsausschuss in der Sitzung am 02.05.2012 (Drucksachen-Nr. 3592/2009-2014), einschließlich einer Prioritäten-Liste beschlossen.

Gemäß Potenzialanalyse wurde der Ausbau der Stadtbahn im Bereich der Linie 3 sowohl im Streckenabschnitt von der bestehenden Endhaltestelle "Babenhausen Süd" bis Theesen als auch von Theesen bis Jöllenbeck als unwirtschaftlich eingestuft. Zum Zeitpunkt der Untersuchung wurde eine Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 daher nicht für eine Umsetzung empfohlen.

Auch mit Blick auf die Lagebestimmung der Streckenführung bzw. des Gleiskörpers einer möglichen Verlängerung der Linie 3 wurden in der Potenzialanalyse keine eindeutigen bzw. hinreichenden Vorgaben getroffen, die eine Darstellung des Streckenausbaus im Flächennutzungsplan gerechtfertigt hätten.

Auf Grundlage des ÖPNVG NRW und vor dem Hintergrund der Zielsetzung den ÖPNV zu sichern und zu verbessern, hat der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 29.05.2018 (Drucksachen-Nr. 6688/2014-2020) die Verwaltung beauftragt, den dritten Nahverkehrsplan für das Gebiet der Stadt Bielefeld aufzustellen.

Im Rahmen der Erarbeitung dieses Planes wird vor dem Hintergrund aktueller und perspektivischer städtebaulicher Entwicklungen und Einwohnerzuwächse im Bereich Jöllenbeck und Theesen auch eine Verlängerung der Stadtbahn nach Jöllenbeck erneut untersucht. Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen ist nicht auszuschließen, dass die Überprüfung zu einem positiven Ergebnis mit Blick auf den Ausbau der Linie 3 führen kann.

Vor diesem Hintergrund ist vorgesehen, die Ergebnisse des Nahverkehrsplanes hinsichtlich Ausbau des Stadtbahnnetzes zu gegebener Zeit in den Flächennutzungsplan zu integrieren und die potenziellen Linien-



fürungen der Ergänzungstrassen – einschließlich Ausbau der Linie 3 – als nachrichtliche Darstellung bzw. Vermerk gemäß § 5 Abs. 4 BauGB zu übernehmen.

Im Rahmen laufender bzw. abgeschlossener verbindlicher Bauleitplanverfahren der jüngeren Vergangenheit – so bei der Aufstellung des inzwischen rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. II/J 38 "Wohnquartier zwischen den Straßen Homannsweg, Neulandstraße und Jöllenbecker Straße" – erfolgt im Rahmen der Beteiligung der Fachplanung eine Berücksichtigung der Belange eines möglichen Stadtbahnausbaus.

Im Fall des genannten Bebauungsplanes werden entlang der Jöllenbecker Straße Flächen für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 vorgehalten, um künftig eine Anbindung des Ortskerns Jöllenbeck an das Stadtbahnnetz zu gewährleisten.

Weiterhin ist auf der Ebene des Regionalplanes (2004) eine Streckenverlängerung der Stadtbahnlinie 3 nach Jöllenbeck als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung verzeichnet. Gemäß Ziel 9 zu Ziffer B.V.1.2 ist im Regionalplan darüber hinaus festgelegt, dass das Stadtbahnnetz auf der Grundlage der Zielsetzungen des regionalplanerisch abgestimmten Nahverkehrsplanes der Stadt Bielefeld und des ÖPNV-Bedarfsplanes für NRW bedarfsgerecht und leistungsfähig zu gestalten und auszubauen ist.

\* BV Jöllenbeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 4.4 –  
Drucksachennummer: 7919/2014-2020 \*

-.-.-

#### Zu Punkt 4.5

#### **Ersatzparkflächen für die bisherigen Mutter-/Kind- und Behindertenparkplätze vor dem Aldi Markt an der Beckendorfstraße (Anfrage der CDU-Fraktion v. 31.08.2018)**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7187/2014-2020

Am 13.09.2018 fragte die CDU-Fraktion, ob es eine Ersatzparkfläche für die bisherigen Mutter-/Kind- und Behindertenparkplätze vor dem Aldi Markt an der Beckendorfstraße gibt.

Durch Ortsbesichtigung kann heute mitgeteilt werden, dass längs vor den Ladenzeilen 2 Mutter-/Kind-Parkplätze und ein Schwerbehindertenparkplatz ausgewiesen sind.

\* BV Jöllenbeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 4.5 –  
Drucksachennummer: 7187/2014-2020 \*

-.-.-

**Zu Punkt 4.6 Fahrkartenverkauf von moBiel im Dorfzentrum Jöllenberg (Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.05.2017)**

Am 18.05.2017 stellte die SPD-Fraktion folgende Anfrage:

Ist es möglich, im Dorfzentrum Jöllenberg einen Fahrkartenverkauf von moBiel einzurichten, z.B. beim Combi-Markt.

Hierzu teilt moBiel mit, dass dort ein großes Interesse an der Einrichtung einer 2. Verkaufsstelle in Jöllenberg (neben der Eickumer Straße) besteht. In der Vergangenheit konnte jedoch kein Partner im Jöllenger Zentrum gefunden werden. Für Informationen über interessierte Bewerber wäre moBiel dankbar und würde Kontakt aufnehmen, um eine weitere Verkaufsstelle einzurichten. Wichtig wäre eine zentrale Stelle.

Die Stadt Bielefeld und moBiel installieren im 4. Quartal 2017 neue Verkaufsautomaten an den Bielefelder Stadtbahnhaltestellen. Zusätzlich ist auch im Plan, an der Haltestelle Jöllenberg Dorf einen Automaten aufzustellen. Dies könnte für interessierte Bewerber ein Hindernis sein.

Seit wenigen Tagen ist nun an der Haltestelle Jöllenberg Dorf neben dem Fahrgastunterstand am Combi-Markt ein Fahrkartenautomat aufgestellt.

\* BV Jöllenberg – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 4.6 \*

---

**Zu Punkt 5 Anträge**

**Zu Punkt 5.1 Einrichtung eines Busverkehrs inkl. einer Bushaltestelle im Wohngebiet Oerken (Antrag der Vertreterin der BfB v. 05.12.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7910/2014-2020

Frau Grahl (BfB) erläutert den Antrag. Sie wurde von vielen Menschen angesprochen. Es wohnen viele ältere Mitbürger in diesem Wohngebiet. Die nächsten Bushaltestellen befinden sich nicht in angemessen erreichbarer Nähe. Vielleicht sei es möglich, den Bus, der vor der Schule Am Waldschlösschen hält, durch den Oerkenweg zu leiten.

Herr Kraiczek (CDU) unterstützt den Antrag als sehr sinnvoll. Ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion aus den 90er Jahren wurde abgelehnt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob das überhaupt durchführbar ist. Er erinnert an andere Bemühungen, abgelegene Gebiete Jöllengens besser an den ÖPNV anzubinden. So wurde z.B. das Thema Bürgerbus 2002 und 2009 aufgegriffen, konnte jedoch u.a. aus Gründen der Haushaltssicherung nicht realisiert werden.

Herr Kraiczek schlägt vor, den Antrag in einen Prüfantrag abzuändern.

Herr vom Braucke (FDP) unterstützt das Anliegen. Er gibt zu bedenken, die Taktung der Busse auf der Vilsendorfer Straße und der Eickumer Straße durch diese Maßnahme zu unterbrechen. Der Örkenweg ist für große Busse nicht geeignet. Das Thema Quartiersbusse soll wieder aufgegriffen werden. Er schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten solle, wie der Bereich besser angebunden werden kann.

Herr Ziemann (Bündnis 90/Die Grünen) erinnert, dass es in Jöllenbeck noch mehr Gebiete gibt, die schlecht oder gar nicht angebunden sind. Herr Ziemann formuliert einen abgeänderten Antrag.

Herr Sarnoch (CDU) stimmt zu. Er erinnert an die Vorstellung des Verkehrskonzepts. Die Stadt muss Angebote schaffen. Wenn die Realisierung der Stadtbahn nach Jöllenbeck nicht möglich ist, müssen Alternativen geschaffen werden. Abgelegene Gebiete können auch mit kleinen Bussen angeschlossen werden.

Auch Frau Brinkmann (SPD) unterstützt den formulierten Antrag.

Im Anschluss an die Diskussion fasst die Bezirksvertretung folgenden **abgeänderten**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung beschließt die Verwaltung zu beauftragen, bei der Erarbeitung des Nahverkehrsplans und bei Umsetzung der „Mobilitätsstrategie für Bielefeld“ mit höchster Priorität auch und schnellstmöglich die bessere Anbindung der bislang vom ÖPNV schlecht oder gar nicht erschlossenen Wohngebiete (z.B. Wohngebiet Oerken) herbeizuführen und insoweit den Einsatz alternativer Formen des ÖPNV (insbesondere Demand-Verkehre) zu prüfen und als Pilotverfahren in Jöllenbeck einzuführen.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Jöllenbeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 5.1 –  
Drucksachennummer: 7910/2014-2020 \*

---

**Zu Punkt 5.2**

**Prüfung von Verkehrssicherheitsmaßnahmen auf der Vilsendorfer Straße zwischen Wörheider Weg und Oerkenkrug (Antrag der CDU-Fraktion v. 24.11.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7908/2014-2020

Herr Kraiczek (CDU) erläutert den Antrag. Das Verkehrsaufkommen ist stark gestiegen, dazu wird sehr zügig gefahren. Anlieger befürchten mehr Unfälle.

Frau Brinkmann (SPD) schlägt vor, den Antrag um den Wortlaut Maßnahmen zur Geschwindigkeitseinhaltung zu erweitern.

Herr vom Braucke (FDP) sagt, dass zunächst geprüft werden müsse, ob das Empfinden der Anwohner tatsächlich auf Fakten basiert.

Herr Sarnoch (CDU) schlägt vor, die Fußgängerampel geschwindigkeitsabhängig zu schalten und führt das Beispiel Borgholzhausen an.

Herr Jung (CDU) regt an, die Maßnahme auf die Fußgängerampel an der Beckendorfstraße auszuweiten.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden **abgeänderten**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung beschließt die Verwaltung zu beauftragen, temporäre Verkehrssicherheitsmaßnahmen auf der Vilsendorfer Straße zwischen Wörheider Weg und Oerkenkrug zu prüfen. Ein Beispiel dafür wäre, die Fußgängerampel bei Tempoüberschreitung auf Rot zu schalten (siehe Borgholzhausen).

- einstimmig beschlossen -

\* BV Jöllenneck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 5.2 –  
Drucksachennummer: 7908/2014-2020 \*

-.-.-

**Zu Punkt 5.3**

**Nördlichen Fußweg entlang des Johannisbachs am Obersee zwischen Engersche Straße und Brücke mit LED-Beleuchtung ausstatten (Antrag des Vertreters der FDP v. 03.01.2019)**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 7909/2014-2020

Herr vom Braucke (FDP) erläutert den Antrag. Die Maßnahme soll sich zunächst auf einen kleinen Abschnitt beschränken. Wenn man einen Radweg ertüchtigen wolle, müsse der ganze Weg um den Obersee beleuchtet werden. Es sind viele unterwegs, die weder aktiv noch passiv beleuchtet sind. An dem betroffenen Wegstück besteht auf beiden Seiten starker Bewuchs. Der Weg führt zur Bushaltestelle.

Herr Stiesch (Die Linke) unterstützt den Antrag. Dunkelheit schafft Angsträume. Den ganzen Obersee zu beleuchten lehnt er aus Naturschutzgründen ab.

Herr Ziemann (Bündnis 90/Die Grünen) bekräftigt, dass der Streckenabschnitt die dunkelste Stelle sei.

Herr Kraiczek (CDU) und Frau Brinkmann (SPD) stimmen dem Antrag zu.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung beschließt die Verwaltung aufzufordern, den nördlichen Fußweg entlang des Johannisbachs am Obersee zwischen Engersche Straße und Brücke mit LED-Beleuchtung auszustatten.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Jöllennebeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 5.3 –  
Drucksachennummer: 7909/2014-2020 \*

-.-.-

**Zu Punkt 5.4**

**Bessere Überquerung der Jöllennecker Straße in Höhe der Bushaltestelle Deliusstraße (Gem. Antrag der SPD- und der Bündnis 90/Die Grünen Fraktionen und des Vertreters der Partei Die Linke v. 11.01.2019)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7917/2014-2020

Frau Brinkmann (SPD) erläutert den gemeinsamen Antrag. Die Bushaltestelle ist stärker frequentiert – auch durch das angrenzende Gewerbegebiet. Es darf Tempo 70 gefahren werden, viele fahren jedoch schneller. Eine Überquerung der Straße ist daher sehr gefährlich. Tempo 50 ist unter notwendiger Beteiligung von Straßen NRW nicht umzusetzen.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung beschließt die Verwaltung aufzufordern, mit Straßen NRW für eine bessere Überquerung der Jöllennecker Straße in Höhe der Bushaltestelle Deliusstraße zu sorgen.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Jöllennebeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 5.4 –  
Drucksachennummer: 7917/2014-2020 \*

-.-.-

**Zu Punkt 5.5**

**Auftragen einer gestrichelten Haltelinie auf der Nordseite der Dorfstraße vor der Einmündung der Straße "Im Hagen" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen v. 14.01.2019)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7918/2014-2020

Herr Ziemann (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert den Antrag. Die Situation ist allen bekannt. Die Einmündung darf nicht durch vor der Ampel wartende Fahrzeuge zugefahren werden.

Frau Grahl (BfB) bestätigt die Situation.

Herr Jung (CDU) unterstützt den Antrag grundsätzlich. Er berichtet jedoch von einem Vorgang, der im Seniorenrat beraten wurde. Grundsätzlich sind Markierungsarbeiten nicht mehr zulässig. Daher befürchtet er eine Ablehnung des Antrags.

Herr Kraiczek (CDU) kann die Eindrücke, die Einmündung würde zugefahren, nicht bestätigen. Er erinnert an die Mitteilung der Verwaltung zu TOP 13.1, zur besseren Verkehrssicherheit des Schulweges Ecke Theesener Straße/Mondsteinweg. Dort heiße es: Markierungen auf der Fahrbahn erfolgen in Bielefeld nur in Einzelfällen, wenn sich Besonderheiten oder Gefahrenpunkte ergeben.

Frau Lämmchen (CDU) hält eine Markierung nicht für sinnvoll.

Im Anschluss an die Diskussion fasst die Bezirksvertretung folgenden **abgeänderten**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung beschließt die Verwaltung zu beauftragen, taugliche verkehrstechnische Maßnahmen zu ergreifen, um das „Zustellen“ der Einmündung der Straße „Im Hagen“ durch den Verkehr auf der Dorfstraße einzuschränken.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Jöllenbeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 5.5 –  
Drucksachennummer: 7918/2014-2020 \*

-.-.-

**Zu Punkt 6**

**Dritter Nahverkehrsplan der Stadt Bielefeld – Entwicklung von Szenarien**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7822/2014-2020

Herr Kühn (660.21) erläutert die Vorlage. Er stellt die im Beschluss aufgeführten Szenarien vor.

Herr Kühn geht dabei auf folgende Punkte ein:

- Anforderungsprofil
- Beteiligungsrunde zur Erstellung des Dritten Nahverkehrsplans
- Datenerhebung
- Ziele

- Physikalische Grenze
- Beteiligung der Bezirksvertretungen
- Beteiligung von Gutachtern und Fachverbänden  
(keine abschließende Aufzählung)

Bei der Verlängerung der Stadtbahn Line 3 nach Jöllenbeck sieht Herr Kühn gewisse Potentiale, das mit zu bedenken.

Herr Bartels (SPD) fordert die Einbeziehung der Bezirksvertretung ein. Herr Bartels fragt, ob der Gutachter, der seinerzeit die Verlängerung der Linie 3 als nicht wirtschaftlich gekippt hatte, der gleiche sei, der das Gutachten zum Dritten Nahverkehrsplan erstellt hat. Herr Kühn verneint dies, muss aber zugleich mitteilen, dass das seinerzeit beauftragte Unternehmen TTK GmbH mittlerweile ein Tochterunternehmen des für den NVP beauftragten Unternehmens PTV Group ist. Die Arbeiten am NVP sind aber in keinem Zusammenhang mit der TTK zu sehen.

Herr Stiesch (Die Linke) fragt, wo die Bezirksvertretung ihre Maximalvorstellungen einbringen kann. Die Stadtbahn Linie 3 nach Jöllenbeck ist eine absolute Notwendigkeit, darüber hinaus müsse eine Verlängerung von Stadtbahnlinien nach Spenge und Enger bedacht werden.

Herr Kühn bittet darum, Anregungen an das Amt für Verkehr zu leiten, hier an Herrn Kühn und Herrn Fabian. Maßnahmen werden auch durch das Amt für Verkehr und moBiel entwickelt. Die Linie 3 wird bedacht.

Frau Brinkmann (SPD) fragt, bis wann Anträge und Vorschläge eingereicht sein müssen, damit sie Berücksichtigung finden.

Herr Kühn antwortet, dass entsprechende politische Beschlüsse möglichst zeitnah eingereicht werden müssen. Der Workshop sei für Mai vorgesehen. Das Projekt soll 2019 abgeschlossen werden.

Herr Ziemann (Bündnis 90/Die Grünen) empfand die gemeinsame Sitzung aller Bezirksvertretungen und des StEA zum Nahverkehrsplan im Ratssaal als „Irrealszenario“. Er fragt, ob hier nicht an verschiedenen Stellen doppelte Arbeit geleistet und doppelt bezahlt wird. Wenn das Maximalszenario nur an physikalischen Grenzen hängt, lohnt dann der Aufwand?

Herr Kühn verneint die Doppelung von Aufgaben. Die Mobilitätsstrategie enthält Leitziele. Auf Basis der Leitziele wird der Nahverkehrsplan entwickelt.

Herr vom Braucke (FDP) befürchtet, dass hier – wie in vielen anderen Fällen vorher – Maßnahmen entwickelt aber nicht umgesetzt werden. Der Zeitrahmen von 11 – 12 Jahren ist sehr groß. Er vermisst die Berücksichtigung der Stadtentwicklung. Neue Entwicklungen zum Thema Wohnen und Gewerbe müssen einbezogen werden, um Verkehrsströme zu berücksichtigen.

Herr Sarnoch (CDU) mutmaßt, dass viel geredet aber nichts erreicht wird. Man sei mit dem Bürgerbus an 3.000 € gescheitert. Gutachter kosten Millionen aber für kleine Maßnahmen ist kein Geld da. Es wird viel extern vergeben, was man auch intern leisten könnte.

Herr Kraiczek (CDU) greift den Gedanken auf. Er kommt zum Ergebnis, dass es um Theorien geht. Die Umsetzung ist abhängig von Mehrheitsbeschlüssen der Politik. Durch die Änderung politischer Mehrheiten können die theoretischen Abhandlungen wieder geändert werden. Verschiedene, vor Ort erarbeitete sinnvolle Maßnahmen wurden nicht umgesetzt. Auch Herr Kraiczek sieht den langen Zeitraum der Umsetzung kritisch.

Frau Brinkmann (SPD) sieht es nicht ganz so schwarz. Die Bezirksvertretung ist aufgefordert Vorschläge zu machen. Die Bezirksvertretungsmitglieder werden diskutieren und sehen, was eingebracht werden kann.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Jöllenbeck empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

- 1) Die Erstellung eines „Basisszenarios“ mit Erarbeitung von Maßnahmen in Anlehnung an den Status Quo
- 2) Die Erstellung eines „Maximalszenarios“ mit Erarbeitung von Maßnahmen zur maximalen Steigerung des ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen
- 3) Die Erstellung eines „Realszenarios“ mit Erarbeitung von Maßnahmen mit einem Umsetzungshorizont bis 2030

Abstimmungsergebnis:

dafür	8 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	7 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

\* BV Jöllenbeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 6 –  
Drucksachenummer: 7822/2014-2020 \*

---

## **Zu Punkt 7**

### **Mobilitätsstrategie für Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7236/2014-2020/1

Herr Kühn (660.21) erläutert die Vorlage. Einiges wurde schon in der Beratung zum Nahverkehrsplan angesprochen. Herr Kühn geht u.a. auf folgende Punkte ein:

- Ausrichtung an Leitziele und Handlungsstrategien
- Kein Beschluss von einzelnen Maßnahmen, sondern Beschluss eines Oberzieles
- Nahverkehrsplan



Fragen aus der Bezirksvertretung wurden u.a. zu folgenden Punkten gestellt und bis auf die Festlegung der modal-split-Werte beantwortet:

- Radverkehr/Radverkehrsnetz (hier nicht abgebildet)
- Beschlussfolge Rat vor Bezirksvertretungen (der Rat hat am 6.12.2018 keinen Beschluss gefasst)
- Festlegung der modal-split-Werte 75/25 % in Bielefeld (hieran war Herr Kühn nicht beteiligt)

Weitere Themen wurden angesprochen:

- Herr Stiesch (Die Linke): Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer, Förderung kurzer Wege, Ausschluss von Verkauf bestimmter Warengruppen in Stadtteilen (Einzelhandels- und Zentrenkonzept)
- Herr Ziemann (Bündnis 90/Die Grünen): Instrumentarium der Zielvereinbarungen
- Herr Bartels (SPD) Kopenhagener Radverkehr, wo jährlich 10 Millionen investiert werden

Herr Kleimann (CDU) schlägt vor, dem Beschluss einen Punkt 3 anzufügen. Die Verwaltung soll beauftragt werden, alle empfehlenden Beschlüsse der Bezirksvertretung Jölllenbeck, die der Fortschreibung des Mobilitätsplanes dienen, dem Stadtentwicklungsausschuss oder anderen beteiligten Ausschüssen vorzulegen. Vieles von dem, was in der BV Jölllenbeck beschlossen wurde, wurde nicht umgesetzt. Herr Kleimann bittet darum, dass diese Beschlüsse wieder aufgegriffen werden.

Frau Brinkmann (SPD) sieht dies als Bestandteil der 6 Leitziele.

Herr Ziemann (Bündnis 90/Die Grünen) sieht als Ziel die unmittelbare Beteiligung der Bezirksvertretungen. Die gefassten Beschlüsse sollen dadurch intensiv wieder eingebracht werden.

Die Aufnahme eines dritten Punktes im Beschlusstext wird nicht umgesetzt

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

### **Beschluss:**

1. Die Bezirksvertretungen und der Stadtentwicklungsausschuss empfehlen, der Rat beschließt folgende 6 Leitziele und Handlungsstrategien, die den derzeitigen Stand der verkehrs-, umwelt- und gesellschaftspolitischen Debatte in Bielefeld widerspiegeln und den Handlungsrahmen für eine veränderte Mobilitätspolitik im kommenden Jahrzehnt darstellen, mit dem der Anteil des Umweltverbunds am Gesamtverkehrsaufkommen bis 2030 auf 75 Prozent gesteigert werden soll:

- Stadt- und Straßenräume lebenswert gestalten
- Umweltverbund in einem vernetzten Verkehrssystem stärken
- Gleichberechtigte Teilhabe aller Verkehrsteilnehmer sicherstellen

- Erreichbarkeit für Bürger und Wirtschaft in Stadt und Region gewährleisten
  - Verkehrssicherheit erhöhen / „Vision Zero“
  - Negative Wirkungen des Verkehrs auf Gesundheit und Umwelt deutlich reduzieren
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Fertigstellung des Mobilitätsplans Maßnahmen auszuwählen, zu priorisieren und zu Maßnahmenbündeln zusammenzufassen, eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu konzipieren und durchzuführen, ein Monitoring- und Evaluationskonzept zur Fortschrittskontrolle zu erstellen sowie einem Aktionsplan mit Arbeitsschritten und eine Budgetplanung. Die zur Erarbeitung der vorliegenden Mobilitätsstrategie aufgebaute Arbeitsstruktur aus Projektleitungsteam und Arbeitskreis soll aufrecht erhalten bleiben.

Abstimmungsergebnis:

dafür	8 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	7 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

\* BV Jöllenebeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 7 –  
Drucksachenummer: 7236/2014-2020/1 \*

---

## Zu Punkt 8

### **Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten an städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2019/2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7739/2014-2020

Anwesend ist Herr Kunert (400.22), um Fragen der Bezirksvertretungsmitglieder zu beantworten.

Folgende Punkte werden angesprochen und Rückfragen dazu beantwortet:

- Unterschiedliche Klassenstärke in den Jöllenecker Schulen
- Herkunft abgewiesener Schüler
- Mögliche Auswirkungen weiterer Anmeldungen im laufenden Schuljahr z.B. durch Zuzug in Vilsendorf
- Zusammensetzung der Klassen
- Festlegung von Klassenstärken
- Gemeinsames Lernen und Sprachfördergruppen in der GS Dreckerheide
- Berücksichtigung baulicher Kapazitäten
- Rechtsansprüche

- Einzugsbereiche
- Kriterienkatalog, nach denen Schulkinder abgelehnt bzw. bevorzugt aufgenommen werden
- Flüchtlingsklasse in Vilsendorf  
(keine abschließende Aufzählung)

Herr Bartels (SPD) bemängelt, dass 2 Baugebiete nicht berücksichtigt wurden, deren Bebauung aktuell noch nicht abgeschlossen ist (Verlängerung Epiphanienweg und Orchideenstraße Ecke Blackenfeld). Es ziehen weitere Familien zu. Die GS Vilsendorf müsse 2-zügig bleiben. Auch Kindern aus Jöllenbeck solle ermöglicht werden, in Vilsendorf zur Grundschule zu gehen. Eine Klassenstärke von 20 Kindern ermögliche gutes Lernen.

Herr Bezirksbürgermeister Heinrich erinnert, dass kleine Klassen wünschenswert sind, jedoch nichts an der Schüler-/Lehrer-Relation ändern. Kleine Klassen führen dazu, dass mehr Lehrer gebraucht werden.

Herr vom Braucke (FDP) bittet darum, in den nächsten Jahren zum Vergleich die Werte des Vorjahres anzufügen.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

### **Beschluss:**

1. Gem. § 46 Abs. 3 S. 3 SchulG NRW wird an Grundschulen, an denen auch Sprachfördergruppen (ehem. Auffang- und Vorbereitungsklassen (AVK) bzw. Internationale Klassen) geführt werden, die Zahl der Kinder in den Eingangsklassen wie im Vorjahr auf 25 Schülerinnen und Schüler begrenzt.
2. Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen werden für das Schuljahr 2019/20 basierend auf den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens entsprechend der Anlage 1 festgelegt.
3. Die Schulkonferenzen der von Zügigkeitsveränderungen betroffenen Schulen sowie die Bezirksvertretungen sind anzuhören.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies noch erfordert.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Jöllenbeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 8 –  
Drucksachenummer: 7739/2014-2020 \*

-.-.-

## Zu Punkt 9

### Jahr der Demokratie (Unterlagen liegen Ihnen bereits vor)

Herr Bezirksamtsleiter Hansen erinnert daran, dass die Bezirksvertretungsmitglieder die Unterlagen zum Thema mit Mail vom 11.01.2019 bereits zugeschickt bekommen haben.

Ein Vortrag der Fachverwaltung ist nicht sinnvoll. Herr Hansen erläutert die Rahmendaten:

- Ratsbeschluss am 26.02.2018
- Rahmendaten durch verwaltungsinterne AG erstellt
- Inspirationswerkstatt am 01.02.2019, 15 Uhr, hier sollen vorhandene Initiativen und Projekte vorgestellt werden
- Workshop im Anschluss
- Eigene Projekte und Ideen sollen eingebracht werden
- Fördermittel von 500 bis max. 3.000 € je Projekt
- Entscheidung durch Jury
- Auftaktveranstaltung geplant im März
- Tag der Offenen Tür voraussichtlich am 06.07.2019
- Trennung von Inspirationswerkstatt (privat) und BV als politischem Gremium

Aus Reihen der Bezirksvertreter werden 2 bereits konkrete Ideen eingebracht:

- Stadtteilkonferenz: „Jahr der Zivilcourage“
- JürlK: Größere Veranstaltung mit Theaterlabor, finanziert über Heimatschecks

Darüber hinaus werden folgende Ideen geäußert:

- Diskussion mit Schülerinnen und Schülern der RS Jöllenebeck, 8. Klasse aufwärts
- BV-Sitzung unter ein Thema stellen
- Diskussion eines „Jugendparlamentes“ z.B. vor einer BV-Sitzung
- Offene Gesprächsrunde außerhalb der Sitzung
- Kontaktaufnahme im Vorfeld zu Schülern und Lehrern
- Gelegenheit zum Treffen und Gedankenaustausch in Schulen, Altenzentren, Sportvereinen etc.
- Möglichkeit einer öffentlichen Fragestunde außerhalb der BV-Sitzungen

Diskutiert bzw. angesprochen werden weiterhin folgende Punkte:

- Nähe der Politik zum Bürger
- Was interessiert Schüler zum Thema Demokratie

Die Bezirksvertretung einigt sich am Ende der Diskussion darauf, eine Arbeitsgruppe zu bilden.

\* BV Jöllenebeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 9 \*

-.-.-

**Zu Punkt 10**      **Verwendung von Sondermitteln für den Stadtbezirk Jöllenberg im Haushaltsjahr 2019**

Die vorliegenden Anträge werden kontrovers diskutiert. Die Bezirksvertretung einigt sich darauf, die Sondermittel vor öffentlicher Beschlussfassung in einer Arbeitsgruppe zu beraten. Diese soll am 21.03.2019 um 17 Uhr im Bezirksamt stattfinden.

\* BV Jöllenberg – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 10 \*

-.-.-

**Zu Punkt 11**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 11.1**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand - Querungshilfe Fuß-Rad-Weg Deliusstraße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3797/2014-2020

Zur Querungssituation an der Deliusstraße teilt das Amt für Verkehr mit, dass die Maßnahme in der Sitzung der BV Jöllenberg am 28.03.2019 durch Frau Maaß (660.22) vorgestellt werden soll.

\* BV Jöllenberg – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 11.1 –  
Drucksachennummer 3797/2014-2020 \*

-.-.-

**Zu Punkt 11.2**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand - Einengung Telgenbrink in Höhe Mondsteinweg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7653/2014-2020

Am 22.11.2019 fasste die Bezirksvertretung unter TOP 6.2 folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt die Verwaltung zu beauftragen, die vereinbarte Verengung der Straße Telgenbrink, die für die Sicherheit der Schulkinder am Mondsteinweg im Mai 2018 beschlossen wurde, auf Anfang 2019 vorzuziehen. Der Investor hatte sich bereit erklärt, für die Kosten aufzukommen.

Hierzu teilt das Bauamt folgendes mit:

Die Herstellung der Querungshilfe ist von der Fa. Starke tatsächlich fest für das Frühjahr 2019 – eher zum Ende desselben, spätestens jedoch bis 30.6.2019 – gleichzeitig mit dem Straßenendausbau für die neue Erschließungsstraße (Saphirweg) geplant. Das letzte Haus (Fertighaus) am Saphirweg wird Anfang des Jahres 2019 gebaut, direkt im Anschluss erfolgt der Straßenendausbau.

Eine noch frühere Herstellung der Querungshilfe kommt für die Fa. Starke nicht in Betracht; dazu kann das Bauamt diese aus dem bekannten Erschließungs- und Folgekostenvertrag nicht verpflichten. Eine vorzeitige Herstellung durch die Stadt (Amt für Verkehr) mit Kostenerstattung durch die Fa. Starke kommt nicht in Betracht.

Das Bauamt bittet die Bezirksvertretung um Verständnis, dass der Beschluss nach dem Wortlaut nicht umgesetzt werden kann.

\* BV Jöllennebeck – 24.01.2019 – öffentlich – TOP 11.2 –  
Drucksachennummer 7653/2014-2020 \*

-.-.-

### **Zu Punkt 11.3 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand - Asphaltierung der 235 m langen Schotterstrecke in der Straße Südfeld**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7434/2014-2020

Am 22.11.2018 fasste die Bezirksvertretung unter TOP 11 folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt Betonpoller einzubringen, so dass nur noch landwirtschaftlichen Fahrzeugen, Fahrradfahrern und Fußgängern ein Passieren möglich ist.

Darüber hinaus fasste die Bezirksvertretung fasst folgenden Beschluss:

Die BV Jöllennebeck stimmt der Asphaltierung des 235 m langen Straßenabschnitts im Südfeld durch das Amt für Verkehr zu.

Aus der Tagespresse ist zu entnehmen, dass der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz die Asphaltierung mehrheitlich abgelehnt hat. Einstimmig hat der Ausschuss für den Einbau von Pollern gestimmt. Eine offizielle Mitteilung liegt bisher noch nicht vor.

Herr Bezirksamtsleiter Hansen berichtet von einem Leserbrief. Es gibt Probleme mit den durch den AfUK beschlossenen Pollern.

Herr vom Braucke (FDP) wurde darauf angesprochen, dass Rüben mit LKW abtransportiert werden. Die Bezirksvertretung müsse sich daher für eine Lösung einsetzen, die es ermöglicht, dass auch LKW die Strecke passieren können. Er regt an einen Antrag zu stellen, dass es eine Pollerlösung geben muss, die dafür geeignet ist.

Herr vom Braucke merkt weiterhin an, dass es irritierend ist, dass der AfUK die Bezirksvertretung hier überstimmt hat.

Herr Kleimann (CDU) sagt, dass der Hinweis auf die Poller am Jerrendorfweg von ihm gekommen ist, den Vorschlag dieser Lösung hat jedoch Herr Sarnoch (CDU) gemacht. Herr Kleimann hat zu diesem Vorschlag Stellung genommen. Herr Kleimann war nicht bewusst, dass es zum Abtransport der Rüben Fahrzeuge gibt, die zwischen den Achsen nicht hoch genug sind.

Herr Kleimann kritisiert, dass außer Acht gelassen wurde, dass die Schotterstrecke jedes Jahr aufwändig repariert, Rinnen immer wieder geschlossen werden müssen. Schottersteine werden auf die Felder gespült und müssen aufgelesen werden. Man muss auch an Wanderer und Rollstuhlfahrer denken. Jedes Kleinlebewesen kann die Asphaltstrecke passieren. Herr Kleimann zeigt sich entsetzt darüber, dass der AfUK den begründeten und vom Amt für Verkehr zugestimmten Beschluss der BV Jöllenberg gekippt hat. Die Bezirksvertretung werde nicht ernst genommen.

Herr Bartels (SPD) stellt sich eine Pollerlösung vor, die es LKW ermöglicht, diese zu passieren. Er plädiert dafür, eine Schrankenlösung nicht weiter zu verfolgen.

Herr Stiesch (Die Linke) bittet Herrn Hansen, sich mit Frau Weinhold (Amt für Verkehr) kurz zu schließen. Es sollen Gespräche mit den ansässigen Bauern geführt werden, welche Bodenfreiheit erforderlich ist.

Herr vom Braucke formuliert einen möglichen Beschlusstext.

Herr Ziemann (Bündnis 90/Die Grünen) berichtet, dass im AfUK Schottermaterial angesprochen wurde, dass insgesamt und auch aus Rinnen nicht so stark abgetragen wird und auf dem daher auch Rollstühle leichter geschoben werden können. Diese technischen Lösungen wurden erst im AfUK, nicht aber in der Bezirksvertretung Jöllenberg vorgestellt.

Herr Jung (CDU) war bei der Beschlussfassung im AfUK anwesend. Frau Weinhold und Herr Wörmann (Umweltamt) haben ihre Sichtweisen noch einmal vorgestellt. Herr Jung schlägt vor, noch einmal anzuregen, die Höhe der Poller abzustimmen.

Herr vom Braucke verteidigt die „unteren Gremien“, da sie direkten Kontakt zum Bürger haben. Beschlüsse sollen respektiert werden, in übergeordneten Gremien evtl. nur korrigiert werden.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung zu prüfen, eine Lösung zu finden, die den landwirtschaftlichen Erfordernissen genüge tragen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11.4 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand - Beleuchtung auf dem ehemaligen  
Bahnhofsplatz (Antrag der Vertreterin der BfB v. 01.10.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7419/2014-2020

Am 11.10.2018 fasste die Bezirksvertretung unter TOP 15.2 folgenden Beschluss:

Die Stadt Bielefeld wird beauftragt, in Höhe der seit Monaten defekten und inzwischen auf Privatgrund stehenden großen Bogenlampe unverzüglich für einen Ersatz auf städtischem Grund zu sorgen.

Hierzu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

Die Beleuchtung auf dem ehemaligen Bahnhofsplatz in Jöllenbeck war über einen Marktverteiler angeschlossen, der sich in der Zuständigkeit des ISB befand.

Die Beleuchtung für diesen Platz wurde für besondere Zwecke wie Veranstaltungen zugeschaltet und war zu keinem Zeitpunkt Bestandteil der öffentlichen Straßenbeleuchtung.

Im Bielefelder Stadtgebiet und einem Straßennetz von ca. 1.700 km Länge, einschließlich selbständig geführte Geh- und Radwege, sind zurzeit etwa 31.450 Stück Leuchten in Betrieb. Eine Vielzahl von Wegen ist bisher nicht oder nur provisorisch beleuchtet. Somit ist auch langfristig, allein aus finanziellen Gründen, nicht damit zu rechnen, dass alle Fußwege, Straßen und Plätze beleuchtet werden können. Entsprechende Verbesserungen können im Regelfall nur über einen politischen Beschluss verwirklicht werden, indem die jeweilige Maßnahme in eine Prioritätenliste aufgenommen wird.

Die Bezirksvertretung fasst nach kurzer Diskussion folgenden

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Jöllenbeck erwartet mit dem Antrag zur Beleuchtung auf dem ehem. Bahnhofsplatz, in die Prioritätenliste der Stadt Bielefeld für die nächsten Beleuchtungsmaßnahmen aufgenommen zu werden.

- einstimmig beschlossen –

-.-.-



---

Reinhard Heinrich  
Bezirksbürgermeister

---

Andrea Strobel  
Schriftführerin